

Einführung

Die **friedliche Revolution im Jahr 1989** veränderte nicht nur die innenpolitischen, sondern auch die außenpolitischen Optionen und Orientierungen Polens grundlegend.

Ein Leitmotiv war dabei die „**Rückkehr nach Europa**“, verstanden als **Herauslösung aus dem sowjetischen Herrschaftsbereich** und **Eingliederung in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Westens**. Konkret hieß das, dass man die Aufnahme in die EG (später EU) und in die NATO anstrebte. Zugleich mussten die Beziehungen zu den neuen Nachbarn im Osten wie im Westen neu verhandelt werden.

Nach 1989 waren nacheinander die UdSSR, der RGW und der Warschauer Pakt zerfallen, die sowjetische Armee hatte nach und nach ihre Stützpunkte in der DDR, Polen und anderen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten geräumt. Nun versuchten die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten und die aus der UdSSR hervorgegangenen unabhängigen Staaten, ihre Beziehungen miteinander zu regeln. Während sich die **Zahl der Nachbarn Polens im Osten und Süden vervielfacht** hatte, gab es im Westen nur noch ein Deutschland.

Mit Russland, der Ukraine, Weißrussland, Litauen und Deutschland schloss Polen nach 1989 **Nachbarschaftsverträge**, in denen die bestehenden Grenzen bestätigt und die Grundlagen für die zukünftige Zusammenarbeit gelegt wurden. Als besonders problematisch erwiesen sich die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn, denn durch die Grenzverschiebungen infolge des Zweiten Weltkrieges und die Vertreibungen gab es in Litauen, Weißrussland und der Ukraine **starke polnische Minderheiten**. Historische Konflikte, die während der kommunistischen Zeit tabuisiert worden waren, wurden nun in den Medien und in der Wissenschaft aufgearbeitet und Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. Zukunftsweisend war die Gewährung der Rechte für die polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine, ihre eigenen Organisationen zu gründen sowie Kontakte mit Landsleuten in Polen und ihr kulturelles Erbe zu pflegen.

Das Gleiche galt nun auch für ukrainische, weißrussische und litauische Minderheiten in Polen. 1997 gaben der polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski {*kwasch-njewski*} und sein ukrainischer Amtskollege Leonid Kutschma eine „**Versöhnungserklärung**“ ab, in der sie ihr Bedauern über die grausamen und blutigen Ereignisse zwischen beiden Völkern zum Ausdruck brachten. Gemeint waren dabei vor allem die Massenmorde und die Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten in den Jahren 1942 bis 1946 sowie die Vertreibung der ukrainischen Minderheit aus Südostpolen 1947, die in jene Gebiete im Westen Polens umgesiedelt wurde (Aktion Weichsel), aus denen 1945 die deutsche Bevölkerung vertrieben worden war.

Nachdem Polen die Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn auf eine neue Grundlage gestellt und die Zustimmung vor allem der USA und Deutschlands gefunden hatte, wurde es im März 1999 – gemeinsam **mit Tschechien und Ungarn – in die NATO aufgenommen**. Für Polen war dies deshalb wichtig, weil die Beziehungen mit Russland und Weißrussland gespannt waren.

Zwischen 1998 und 2003 verhandelte Polen mit der EU über die Beitrittsbedingungen. Zu Beginn waren diese Verhandlungen vor allem von Hoffnungen auf eine schnellere Modernisierung des Landes begleitet. Je weiter sie fortschritten, desto kritischer wurde die Einstellung der polnischen Bevölkerung, die bald befürchtete, eine weitere Liberalisierung des Handels, der ungehinderte Zugang von ausländischen Investitionen und die politischen Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft ergeben würden, könnten Polen seiner Souveränität und kulturellen Identität berauben und zur Verarmung des Landes und zu einer höheren Arbeitslosigkeit führen. Schließlich stimmten aber 2003 in einem Referendum über 77 % der an der Abstimmung teilnehmenden Polen für den EU-Beitritt. Auch in einigen EU-Mitgliedsländern wuchsen die Ängste vor einer ungehinderten Einwanderung von Polen und davor, dass Arbeitskräfte aus Polen die Löhne nach unten drücken könnten.

Während der Beitrittsverhandlungen, die parallel auch noch mit elf weiteren Staaten Ostmittel- und Südeuropas geführt wurden, vereinbarten die Staaten **zahlreiche Übergangsfristen**, d.h. die Anwendung bestimmter EU-Vorschriften wurde ausgesetzt, um eine Aufnahme zu erleichtern. Für bis zu sieben Jahre galten in einigen EU-Ländern besondere Regelungen, die es Bürgern der neuen Mitgliedsstaaten erschwerten, legal im Ausland zu arbeiten.

Bereits kurz nach dem **Beitritt am 1. Mai 2004** erwies sich jedoch, dass fast alle Befürchtungen unberechtigt gewesen waren. Polen emigrierten vor allem nach Großbritannien, Irland, Schweden und Norwegen, also in Länder, die ihren Arbeitsmarkt geöffnet hatten. Dort war die Arbeitslosigkeit niedriger, es wurden zusätzliche Arbeitskräfte gebraucht und die bürokratischen Hürden für eine Arbeitsaufnahme waren geringer als in Deutschland, Österreich und Frankreich. **Polens Bauern**, die vor 2004 mehrheitlich gegen den EU-Beitritt gewesen waren, wurden dank der EU-Agrarsubventionen nun zu **EU-Nutznießern** und Befürwortern der Mitgliedschaft. Umfangreiche, von der EU geförderte Infrastrukturmaßnahmen und die Aufhebung der Grenzkontrollen im Rahmen des Schengener Abkommens (Beitritt Polens am 21. Dezember 2007) sorgten dafür, dass die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft in Polen sehr hoch und stabil blieb.

Probleme brachte die neue EU-Außengrenze vor allem für **Polens östliche Nachbarn**, für die es nun schwieriger wurde, nach Polen zu reisen und mit Polen Handel zu treiben.

Durch die Reformen von 1990 und einen erneuten **Reformschub unter der Regierung von Jerzy Buzek** {jeschi busek} Ende der 1990er-Jahre holte Polen wirtschaftlich immer mehr auf. Der Kurs des Złoty und die Realeinkommen stiegen und die Arbeitslosigkeit ging zurück. Polen wurde zu einem **attraktiven Handelspartner**, zog Investitionen an und gewann international an Gewicht. Innerhalb der NATO orientierte sich das Land stark an den USA und unterstützte deshalb auch die von den USA geführte **Intervention in Afghanistan (2001)** und **den Angriff auf den Irak (2003)**.

Die **enge sicherheitspolitische Anlehnung an die USA** erklärt sich vor allem daraus, dass Polen an autoritär regierte Staaten (Russland und Weißrussland) grenzt und die USA der militärisch mächtigste NATO-Mitgliedsstaat sind. Daher bemühen sich alle polnischen Regierungen um eine möglichst starke militärische Anwesenheit der USA in ihrem Land. In einem Konfliktfall würden so fast automatisch US-Truppen in Auseinandersetzungen verwickelt und die USA müssten sich dann in dem Konflikt engagieren. Polen sieht daher allein schon in der Anwesenheit von US-Truppen und militärischen Einrichtungen eine Abschreckung für eventuelle Angreifer.

Das **gesteigerte Selbstbewusstsein Polens** machte sich nach dem EU-Beitritt auch innerhalb der EU-Institutionen bemerkbar. Nach anfänglicher Passivität entwickelte Polen immer mehr Initiativen zur Zusammenarbeit zwischen der EU und Polens östlichen Nachbarn.

Nach mehrjährigen Vorbereitungen bahnte sich im April 2010 eine **deutliche Verbesserung des gespannten polnisch-russischen Verhältnisses** an, als Ministerpräsident Wladimir Putin Ministerpräsident Donald Tusk zu einem Besuch aus Anlass des Jahrestags des Massakers von Katyn einlud. Da Präsident Lech Kaczyński nicht eingeladen war, organisierte er in **Katyn eine eigene Gedenkveranstaltung** mit polnischen Militärs, Politikern und Angehörigen von Opfern des Massakers. Beim Versuch, bei starkem Nebel auf dem nahegelegenen Flughafen von Smolensk zu landen, zerschellte das Flugzeug. Alle Insassen, darunter Kaczyński selbst und zahlreiche andere Politiker und hohe Militärs, kamen dabei ums Leben. Nach der Katastrophe glaubten viele angesichts der Beileidsbekundungen der russischen Regierung und aus der russischen Bevölkerung an eine spürbare Verbesserung im polnisch-russischen Verhältnis. Streitigkeiten bei der Aufklärung des Absturzes und gegenseitige Schuldzuweisungen machten jedoch schon bald einer Ernüchterung Platz.

Am 1. Juli 2011 übernahm Polen erstmals die **EU-Ratspräsidentschaft**. In den Leitlinien zur Präsidentschaft ist das Selbstbewusstsein nach der gelungenen „Rückkehr nach Europa“ deutlich erkennbar. Auf der Agenda standen die **Liberalisierung des Binnenmarkts**, das **Ankurbeln des Wachstums**, aber auch die **Solidarität**, was sich nicht zuletzt in der **Offenheit gegenüber einer EU-Erweiterung** und besonders im **Engagement für die Östliche Partnerschaft** sowie in der **Unterstützung der Demokratisierung in den arabischen Ländern** zeigt.

Polen ist aufgrund seiner historischen Erfahrungen sicher nicht immer ein einfacher, aber mittlerweile ein berechenbarer, geschätzter und verlässlicher Partner in den internationalen Beziehungen.

Aus: Bachmann, Klaus; Tomaszewska, Anna: Polen und Europa. In: Kneip, Matthias, Mack, Manfred: Polnische Gesellschaft. Berlin: Cornelsen 2012. S. 57-60 (bearb.).